

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-000609/2013
an die Kommission**
Artikel 117 der Geschäftsordnung
Elisabeth Köstinger (PPE)

Betrifft: Mehrwertsteuerbetrug bei Grundnahrungsmittel

Laut einer aktuellen Studie¹ des Unternehmens Ernst & Young, beläuft sich der Mehrwertsteuerbetrug beim Grundnahrungsmittelhandel in Ungarn auf € 450 Millionen pro Jahr. Der Steuerbetrug in Ost- und Mitteleuropa soll sogar doppelt so hoch ausfallen. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass ein Mehrwertsteuersatz von 25% bzw. 27% der Hauptgrund für den Mehrwertsteuerbetrug in den Ländern wie Ungarn und Rumänien ist.

Vor diesem Hintergrund wird die Kommission um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Ist die Kommission über die geschilderte Situation bereits informiert bzw. sind der Kommission weitere Fälle in anderen Mitgliedsstaaten mit hohen MwSt.-Sätzen, wie z.B. in Rumänien, Bulgarien und der Slowakei bekannt?
2. Gibt es seitens der Kommission Erhebungen über Mehrwertsteuerbeträge im Grundnahrungsmittelsektor? Wenn ja, kann die Kommission Auskunft über betroffenen Produktgruppen geben?
3. Welche Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung wurden seitens der Kommission diesbezüglich ergriffen?
4. Welche Aufgaben kommen in diesem Zusammenhang EUROPOL sowie OLAF zu?
5. Lässt sich seitens der Kommission eine direkte Beziehung zwischen der Höhe der MwSt. von 25% bzw. 27% und den Betrügen, wie in der Studie aufgezeigt, herstellen?
6. Würde eine Herabsetzung des MwSt.-Satzes auf Grundnahrungsmittel auf 10% die Betrüge eindämmen?
7. Wie bewertet die Kommission die Einführung einer MwSt.-Obergrenze für die Mitgliedsstaaten?
8. Was gedenkt die Kommission, in Bezug auf die Stellungnahme Nr. 8/2012 des Europäischen Rechnungshofes betreffend „strafrechtlicher Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug“, zu tun?

¹ Ernst & Young: On the budget neutral elimination of VAT fraud in the basic food sector